

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion,
der Fraktion DIE LINKE und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Konzept der Landesregierung „Gesundheitscampus Brandenburg (gemäß Beschluss des Landtages vom 12.06.2015 - Drucksache 6/1602-B)“, Drucksache 6/5088

„Gesundes Brandenburg - Forschung, Versorgung, Pflege und Prävention“

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag billigt das Konzept der Landesregierung vom 16.09.2016 zur konkreten Gestaltung des Gesundheitscampus und seinen stufenweisen Aufbau bis 2019 mit mindestens zwölf zusätzlichen Professuren.
2. Der Landtag stellt fest, dass das Land Brandenburg in den kommenden Jahren vor erheblichen Herausforderungen steht. Er sieht auf der Grundlage der im Konzept enthaltenen Daten zur Morbidität und Mortalität der brandenburgischen Bevölkerung und einer vergleichenden Betrachtung mit bundesweiten Durchschnittswerten einen erhöhten Handlungsbedarf in den Bereichen:
 - **medizinische Forschung** (u.a. Kardiovaskuläre Forschung, Geriatrie, Neurologie, Psychiatrie, Neurobiologie, neuromuskuläre Forschung, Metabolisches Syndrom, Mikrobiologie, Infektionen und Immunsystem, Physiologie, Krebsforschung) unter besonderer Berücksichtigung regionaler Auffälligkeiten,
 - **Versorgungsforschung** mit einem spezifischen Fokus auf regionale Bedarfe im Flächenland Brandenburg,
 - **Sicherstellung der ärztlichen und pflegerischer Versorgung in der Fläche** unter Berücksichtigung von Mobilität und Erreichbarkeit,
 - **Entwicklung von adäquaten Modellen und adressatengerechten Angeboten** in den Bereichen Diagnostik, Therapie, Prävention und Pflege und
 - **Technologietransfer und Translation** für innovative Ansätze in Kliniken und Arztpraxen.

3. Der Landtag ist davon überzeugt, dass die geplante gemeinsame Einrichtung der Trägerhochschulen in Kooperation mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen, weiteren Hochschulen sowie Akteuren des Gesundheitssektors einen wichtigen Beitrag leisten kann zur:

- Erforschung der Medizin und Gesundheit des Alterns,
- Erforschung der Ursachen von in Brandenburg gehäuft auftretenden Erkrankungen,
- Stärkung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Brandenburg,
- Fachkräftesicherung sowie
- medizinischen und pflegerischen Versorgung.

Die gemeinsame Einrichtung fügt sich als wichtiger Baustein in die Landespolitik ein.

4. Der Landtag bekräftigt, dass der Gesundheitscampus dauerhaft eingerichtet werden soll. Die am 12.06.2015 beschlossene Berufung der Professuren soll unbefristet und stufenweise in eine gemeinsame Einrichtung nach dem Brandenburgischen Hochschulgesetz erfolgen. Ihre Finanzierung wird den Hochschuletat nicht belasten.

Gleichzeitig betont der Landtag, dass im Rahmen des Gesundheitscampus staatliche Finanzmittel direkt grundsätzlich nur an staatliche Einrichtungen gegeben werden dürfen.

5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- a. dem Landtag bis zum Ende des 1. Quartals 2018 ein Forschungs- und Entwicklungskonzept für die zu gründende gemeinsame Einrichtung Brandenburger Universitäten nach dem Brandenburgischen Hochschulgesetz vorzulegen sowie eine darauf abgestimmte Personalplanung, auf deren Grundlage die stufenweise Berufung der Professorinnen und Professoren bis Ende 2019 erfolgen soll.
- b. dem Landtag regelmäßig über die darüber hinaus ergriffenen Maßnahmen zur Sicherstellung der medizinischen und pflegerischen Versorgung in der Fläche und zur Prävention zu berichten.

Begründung:

Am 12.06.2015 hat der Landtag Brandenburg den stufenweisen Aufbau eines brandenburgischen Gesundheitscampus begrüßt und die Berufung von mindestens zwölf Professuren bis 2019 beschlossen (Drucksache 6/1602-B).

Die Herausforderungen in Gesundheit und Pflege werden sich in den nächsten Jahren in Brandenburg u.a. durch den prognostizierten demographischen Wandel weiter verstärken. Zudem ergeben sich, nicht zuletzt durch die Zunahme des Anteils älterer

Menschen, erhöhte Krankheitsprävalenzen in verschiedenen Bereichen. Es zeigen sich, u.a. bezogen auf:

- die durchschnittliche Lebenserwartung,
- die Zahl der Menschen, die von Krebserkrankungen betroffen sind und die sich wegen bösartiger Neubildungen in vollstationärer Therapie befunden haben,
- die prognostizierte Zuwachsrate von Demenzfällen und
- die Morbidität aufgrund ausgewählter Herzkrankheiten

regionale Unterschiede und erhöhte Werte, verglichen mit dem bundesweiten Durchschnitt. Schließlich ist auch die Entwicklungsprognose hinsichtlich des Anteils an Pflegebedürftigen bezogen auf die Gesamtbevölkerung in Brandenburg höher als im Bundesdurchschnitt.

Es wird in Brandenburg zukünftig u.a. verstärkt darauf ankommen, die Ursachen von Krankheits- und Pflegeprävalenzen unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten zu erforschen und sowohl die medizinische Grundlagen- und Versorgungsforschung zu stärken. Zugleich müssen Angebote in Diagnostik, Therapie, Prävention und Pflege für die sich wandelnde brandenburgische Gesellschaft entwickelt werden, wobei die Erreichbarkeit der Angebote und die Mobilität der Betroffenen in den Blick genommen werden müssen. Dazu sind neben Forschungsansätzen ein Technologietransfer und eine Translation von Forschungsergebnissen in die Praxis erforderlich. Ein noch stärkerer Fokus muss auf die Sicherstellung der ärztlichen und pflegerischen Versorgung der brandenburgischen Bevölkerung gelegt werden und nicht zuletzt auch auf die Gesundheitsförderung, wie Prävention und Früherkennung.

Mit dem Aufbau des Gesundheitscampus Brandenburg und durch die Schaffung von mindestens zwölf zusätzlichen Professuren können wichtige Impulse zur Bewältigung brandenburgischer Herausforderungen gesetzt werden. Für die Hochschulen stellt der Aufbau des Gesundheitscampus eine zusätzliche Aufgabe dar, die nicht aus den bereits vorhandenen Mitteln des Hochschuletats geleistet werden kann. Die direkte finanzielle Förderung privater Beteiligter, wie z.B. der Medizinischen Hochschule Brandenburg, ist nicht vorgesehen.

Mike Bischoff
für die SPD-Fraktion

Ralf Christoffers
für die Fraktion DIE LINKE

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN